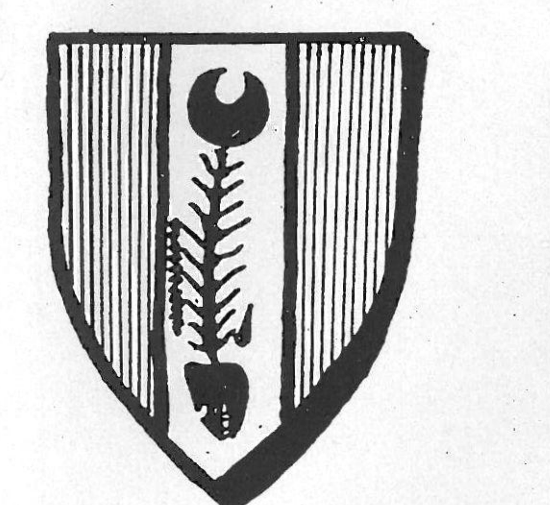


K-BUTT

AUFLAGE 1500 (JULI/AUGUST '93) VÄLZISCHE PFOLKSZEITUNG Nö 5



HALLO,

HIER IST DIE K-BUTT Nö 5.
GLEICH ZU ANFANG EIN GRUß AN UNSERE, (DURCH-DIE-BANK PHLEGMAISCHE) LESER UND LESERINNEN.
DANKE FÜR DIE VIELEN BRIEFE !!
IHR HABT UNS SAGE UND SCHREIBE KEINEN (IN ZAHLEN 0!) BRIEF GESCHICKT.
NEE, ICH WILL DIE AUSREDEN NICHT HÖREN.
TROTZDEM GIBT ES AUCH POSITIVES ZU BERICHTEN. WIE IHR BEIM LESEN SICHERLICH MERKEN WERDET IST IN DIESER AUSGABE NIX MEHR AUS ANDEREN ZEITUNGEN GEKLAUT.
ES HABEN SICH DIESMAL EIN PAAR LEUTE MEHR AUFRAFFEN KÖNNEN EIGENE ARTIKEL ZU SCHREIBEN.
VIEL SPAß BEIM LESEN!

V.I.S.D.P UND REDAKTIONSASCHRIFT

„ANTIFASCHISTISCHE JUGEND"
OTTOSTR. 8 67657 K'LAUTERN



KoK-Roaches (Kultur ohne Komerz)
Jeden Mittwoch 20.00 Uhr
Ottostr. 8
Tel.:0631/65260



Liebe Leute

Seit ca. einem 3/4 Jahr gibt es KOK-Roaches (Kultur ohne Kommerz). Unser Ziel ist es nicht kommerzielle Ansätze in Kultur und Politik zu entwickeln und zu fördern.
In Kaiserslautern ist es schwer, gerade in diesem Bereich selbstbestimmt zu arbeiten. Das größte Problem ist dabei, der Platz. Es gibt immer wieder Probleme, wenn wir eine Veranstaltung machen wollen. Räume in denen wir selber Konzerte, Discos, Theater usw. veranstalten können sind nicht vorhanden. Wir haben bereits im letzten Jahr mehrere Artikel in der K-Butt veröffentlicht, die auf die Ausgangsituation in Kl. näher eingehen (siehe Anlage). Momentan treffen wir uns in der Ottostr.8, die allerdings im Höchstfall 20 Leuten Platz bietet und für Veranstaltungen ungeeignet ist. Dies ist über kurz oder lang recht unbefriedigend. Uns ist klar, das nur ein selbstverwaltetes Zentrum an dieser miserablen Situation etwas ändern kann. Wir haben viel darüber geredet wie so ein Zentrum aussehen könnte, was wir uns davon erhoffen und erwarten und wie wir es öffentlich durchsetzen können. Wir haben jetzt ein Konzept entwickelt über das wir gerne mit euch diskutieren wollen, wenn ihr auch an einem gemeinsamen Zentrum interessiert seit.

Konzept

1. Was wird benötigt:

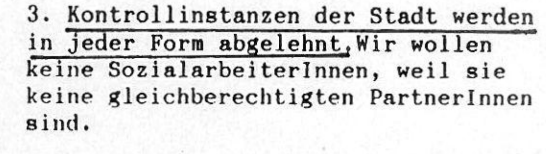
- Ein großes Haus inklusive einem großen Raum für Konzerte, Veranstaltungen, Filmvorführungen, Kaffee /Kneipe, Vokü, Lesungen, Kleinkunst/Theater usw.

- Diverse kleinere Räume für verschiedene Gruppen (Antifa, KOK, usw.).

- Werkstätten (z.B. Siebdruck, Töpfern, Fotolabor, usw.)

- Proberäume

2. Das Haus muß selbstverwaltet sein, d.h. die jeweiligen NutzerInnen des Hauses verwalten das Haus autonom. Jede Gruppe ihre eigenen Räume selbstverantwortlich. Die Veranstaltungsräume, Klos, Küche und andere gemeinschaftlich genutzten Räume zusammen im Plenum (siehe Unten).



3. Kontrollinstanzen der Stadt werden in jeder Form abgelehnt. Wir wollen keine SozialarbeiterInnen, weil sie keine gleichberechtigten PartnerInnen sind.

- Durch ihr Angestelltenverhältnis bei der Stadt, VertreterInnen dieser sind und MittlerInnen Funktion haben.

- Sie verhindern Eigeninitiative und berauben Leute ihrer Eigenverantwortung.

- Sie sind Grundstock für die Hierarchiebildung

4. Das Plenum; ist das Oberste Gremium des Zentrums, hier treffen sich VertreterInnen der Gruppen die im Haus aktiv sind. Das Plenum ist offen für alle NutzerInnen des Zentrums. Alle das Haus betreffenden Entscheidungen werden hier getroffen.
- Das Plenum entscheidet über Raumvergabe , Renovierung, Verhandlungen mit der Stadt, gemeinsame Aktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit usw.
- Für Entscheidungen im Plenum soll grundsätzlich das Konsenzprinzip gelten
- In verschiedenen Einzelbereichen soll es Arbeitsgruppen geben (Konzert, Werkstätten, Organisatorisches, usw.)

5. Grundsätzliches
Wir wollen keine sexistischen, rassistischen Strukturen im Zentrum. Es soll ein Freiraum sein in dem Menschen vor solchen Anmachen kein Angst haben müssen. Das Zentrum kann nicht gewinnorientiert sein. Hierarchischen Strukturen soll von vornherein entgegen gearbeitet werden. Ein kritischer Bezug auf Konsum und Ökologie soll ermöglicht werden.

6. Wir machen den Vorschlag einen Trägerverein für ein selbstverwaltetes Zentrum zu gründen, um so ein breiteres Forum für die Durchsetzung eines Solchen zu schaffen.

7. Forderungen an die Stadt

- Mietfreie Zuverfügungstellung eines Gebäudes das unseren Vorstellungen entspricht.

- Das Gebäude soll soweit renoviert sein, daß Gas, Strom, Wasserinstallationen in Ordnung sind.

- Materialien für weitere Renovierungen sollen zur Verfügung gestellt werden. Wir sind bereit diese Renovierungen selbst auszuführen.

- Die Laufenden Kosten des Zentrums (Strom, Wasser, Gas, Müll) werden von uns getragen.

- Wir sind nicht bereit in unserer Arbeit inhaltliche Abstriche gegenüber der Stadt zu machen. Auch Spenden dürfen nicht mit Bedingungen verbunden sein. Geld für die weitere Arbeit im Zentrum sollte weitestgehend selbst erwirtschaftet werden.

Rheinpfalz lügt !!!

Pressemitteilung

Wir von der Antifaschistischen Jugend Kaiserslautern haben am Samstag, den 5.Juni um 10:30 die Kreuzung Schneiderstraße/ Fruchthallstaße besetzt. An der Aktion Nahmen ca. 25 Menschen teil. Wir wollten durch diese Verkehrsblockade auf die faschistischen Morde in Solingen vom letzten Wochenende aufmerksam machen. Die Blockade wurde von Anfang an von einem Mob aus AutofahrerInnen und AktivbürgerInnen gewalttätig angegriffen. AutofahrerInnen fuhren mehrfach in die Blockade und riskierten dabei, daß Menschen verletzt werden könnten. Andere griffen uns mit Schlägen an. Vom BürgerInnenmob wurde das des öfteren mit Sprüchen wie "Ab ins Arbeitslager/KZ","Geht doch erst mal Arbeiten","Abgeschossen gehören die" usw. quittiert. Als ein Blockadeteilnehmer sich dann gegen einen Autofahrer, der mehrere Menschen beinahe überfuhr, als er die Sperre durchbrach, mit einer Transparentstange zur Wehr setzte, wurde er von dem Bürgermob tätlich angegriffen, und als die Polizei eingriff, von 5-6 Aktivbürgern gejagt. Als wir die Blockade daraufhin abbrachen, fielen mindestens 30 Bürger teils verbal, teils handgreiflich, über uns her. Wir haben diese Reaktion nicht erwartet. Unsere Absicht war, die Menschen in der Innenstadt inmitten ihrer alltäglichen Lebenssituation eine Viertelstunde zum Nachdenken über die faschistischen Aktivitäten in diesem Land anzuhalten. Die gewalttätige Antwort des Bürgermobs zeigte uns, daß sie dazu nicht bereit waren. Sie halten lieber an der chauvinistischen und rassistischen Grundstimmung in diesem Land fest. Die Bilder zeigten die gleiche Fratze des häßlichen Deutschen, wie wir sie aus Rostock und Mannheim-Schönau kennen. Außerdem zeigte es uns wieder einmal, daß die öffentliche Hetze gegen Linke, Andersdenkende und -aussehende bis tief in die Bevölkerung gewirkt hat. Diese beteiligte sich, als die Polizei eintraf, auch munter an Denunziationen gegen uns. Die Polizei, die von vornherein durch Zivilpolizisten vertreten war, ließ sich partnerschaftlich von diesen Bürgern helfen. Nachdem einer von uns festgenommen worden war(s.o.), wollten uns die Polizeibeamten nicht sagen, wohin er gebracht werden sollte. Als einer von uns daraufhin fragte, "was das Kasperletheater soll", wurde er sofort von 4 Polizisten gegriffen und brutal auf die Motorhaube eines Polizeifahrzeuges geworfen. Dieses bekamen einige SPD'lerInnen, die sich wegen des sogenannten City-Festes auf dem Schillerplatz trafen, und andere Bürger mit. Sie empörten sich stark über das, der Sache unangemessene, aggressive Verhalten der Polizei. Trotzdem wurdgn beide Festgenommenen zur Wache gefahren, wo sie kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Diese Festnahmen waren so unsinnig(Polizisten auf der Wache konnten nichts mit den Festgenommenen anfangen, verhörten sie nicht einmal), daß wir davon ausgehen, daß dem aggressiven Bürgermob damit eine Berechtigung für sein Tun gegeben werden sollte. In den Diskussionen während dieses "Schauspiels" konnten wir feststellen, daß es auch viele Menschen gab, die unsere Aktion gut und berechtigt fanden, und sichtlich schockiert über das Verhalten von Mitbürgern und Polizei waren.
Wo sind wir hier, wenn Menschen keine Zehn Minuten Zeit mehr haben wollen, um innezuhalten und über den umsichgreifenden Rassismus und Faschismus hier in der BRD nachzudenken.
Uns ist nach dieser Aktion klarer, als es uns schon vorher war, daß es in Kaiserslautern auch zu solchen Taten wie in Saarlouis, Mölln, Mannheim-Schönau und Solingen kommen kann, und daß dies von großen Teilen der Bevölkerung toleriert oder sogar befürwortet werden würde. Dazu kommt, daß stadtbekannte Nazi-Skinheads am letzten Wochenende mit Sprüchen wie "Solingen war noch nicht genug","Wir kriegen euch alle,Sieg Heil!" in der Innenstadt rumpöbelten. Plakate in der Karstadtpassage wurden mit ähnlichen Parolen beschmiert. Außerdem wurden Autos Kaiserslauterer Faschisten bei Kadertreffen der ANK (Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden) und der GdNF (Führungskader aus verschiedenen faschistischen Organisationen) gesehen. Die Treffen fanden in einer Kneipe in Frankenthal und in der Gärtnerei des bundesweit bekannten Nazi-Ehepaares Müller in Mainz-Gonsenheim statt. Beide Organisationen (ANK und GdNF) sind nach dem Verbot von DA,NO und NF die Dreh- und Angelpunkte faschistischer Organisierung. Vor einem halben Jahr noch wurden vor dem Amtsgericht Kaiserslautern 5 stadtbekannte Faschisten zwar mit Strafen bedacht, weil sie einen Franzosen brutal zusammenschlugen, ihr politischer Background wurde vom Gericht und Medien (z.B.Rheinpfalz) dezent heruntergespielt.
Wir fordern die lokalen Medien, wie auch die PolitikerInnen auf, zu allen Vorkommnissen vom 5.Juni und zu der Situation in Kaiserslautern Stellung beziehen.

Antifaschistische Jugend Kaiserslaute



Artikel über die Kreuzungsblockade wegen der Morde in Solingen

Rheinpfalz , Montag , 7.6.93

Randale in Innenstadt

Demonstranten blockieren die Straße

Teilweise vermummte Demonstranten machten am Samstag, gegen 10.40 Uhr, Randale in der Innenstadt. Etwa 15 schwarz gekleidete Männer, die die Polizei der linksautonomen Szene zuordnet, marschierten mit Transparenten durch die Schneiderstraße und verteilten Flugblätter. Sie zogen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu Felde. Die Polizei tolerierte die „spontane Kundgebung", die weder angemeldet noch genehmigt war.

Doch als einige der Vermummten, die vorwiegend von außerhalb nach Kaiserslautern gereist waren, mit den Transparenten auf Autodächer einschlugen und schließlich die Fruchthallstraße blockierten, schritten die Ordnungshüter ein. Vor der Fruchthalle kam es nach den Ermittlungen der Polizei auch zu Ausschreitungen zwischen den Demonstranten und Dresdner Fußballfans, die die Kripo in die „rechte Szene" einstuft.

Die Polizisten wollten schlichten, doch es blieb nicht bei Diskussionen zwischen den Ordnungshütern und den Demonstranten. Zeugen berichten von einem Handgemenge und provozierenden Zurufen von Seiten der jungen Leute. Dann der Aufruf an Gleichgesinnte: „He, kommt her, auf!" Sekunden später Tritte gegen die Polizisten.

Die Ordnungshüter hatten die Sache rasch unter Kontrolle, wobei zwei Demonstranten vorübergehend festgenommen wurden. Ein Polizist wurde bei dem Einsatz verletzt – er brach sich den Finger.

Zahlreiche Passanten und Autofahrer hatten sich über das massive und aggressive Auftreten der Demonstranten beschwert, teilte die Polizei gestern auf Anfrage mit. Die Demonstration löste sich gegen 11.30 Uhr auf. (rs/bwm)



Festnahme eines Demonstranten: Linksautonome hatten die Fruchthallstraße blockiert und der eingreifenden Polizei Widerstand geleistet. (Foto: Wildt)

"Vermummt" mit Sonnenbrillen , Schirmmützen , etc.

* **Falsch:** Wir waren ca. 25 Menschen , zur **Hälfte Frauen** , wobei einige Leute schwarze T-Shirts trugen.
* **Falsch:** Wir kamen direkt vom Rathaus und haben , ohne den Umweg über die Schneiderstraße , sofort die Kreuzung blockiert.
* **Kein Wort** darüber , daß wir mit unserer Aktion auf die **5 faschistischen Morde an Türkinnen in Solingen** aufmerksam gemacht haben , was ganz deutlich durch Transparente und die verteilten Flugblätter hervorging.
* **Falsch:** Uns ist niemand bekannt , der von außerhalb angereist war, wir waren fast ausschließlich , dem Lautrer Staatsschutz sehr wohl bekannte , linke BürgerInnen der Stadt Kaiserslautern.Hinter der Bemerkung des **"von Außerhalb zugereisten Demonstranten"** verbirgt sich eine zutiefst antidemokratische Grundhaltung , die , wenn überhaupt , das Demonstrationsrecht nur für BürgerInnen der eigenen Stadt zulässt.
* **Falsch:** Wir haben bei roter Ampel (für die AutofahrerInnen) die Kreuzung blockiert .Zu diesem Zeitpunkt war die Polizei noch garnicht anwesend , konnte also weder irgendetwas "tolerieren" noch "einschreiten".
Als nach einigen Minuten mehrere Autofahrer in die stehenden Leute hineinfuhren , und dabei Verletzte riskierten , hat eines dieser Autos einen Schlag durch ein Transparent erhalten .
* **Falsch:** Zu keinem Zeitpunkt waren irgendwelche Dresdner Fußballfans (auch nicht aus der "rechten Szene") an der Fruchthalle , weswegen wir natürlich auch keine Auseinandersetzungen mit ihnen haben konnten.
* **Falsch:** Es blieb wirklich nicht bei Diskussionen.Aber nicht mit der Polizei ,die garnicht "schlichten" konnte , weil sie immer noch nicht da war , sondern mit in die Menge gefahrenen Autofahrern und rechtem ZuschauerInnen-Mob.Dieser hatte uns mit Parolen wie: **"ALLE INS ARBEITSLAGER/KZ , IHR GEHÖRT HINTER GITTER , MACHT SIE NIEDER(** Aufforderung an die AutofahrerInnen uns niederzumachen !), etc." angepöbelt und anschließend zusammen mit einigen Autofahrern tätlich angegriffen.
* **Falsch:** Der abgebildete Demonstrant wurde von einem Autofahrer angefahren und konnte gerade noch auf die Seite springen. Als er daraufhin dem Auto einen Schlag mit dem Transparent versetzte , wollte er vor der anrückenden Menge aus Autofahrern und deren Zuschauer-Sympatisanten wegrennen , wurde jedoch von "ordnungsliebenden" Aktiv-Bürgern daran gehindert und daraufhin von der soeben eingetroffenen Polizei festgenommen.
Widerstand leisten heißt wohl neuerdings , sich als Demonstrant nicht freiwillig der Polizei im vorauseilenden Gehorsam gestellt zu haben
* **"Linksautonome"**: Gerne und häufig verwendetes Feinbild der bürgerlichen Presse , um von vornherein einer Personengruppe die Legitimation jeglicher Aktivitäten abzusprechen , ohne auf Inhalte und Beweggründe dieser Gruppe eingehen zu müssen oder zu wollen.
* **Falsch:** Der zweite festgenommene Demonstrant hatte angesichts dieser Hetzjagd zu den Polizisten gesagt : **"Was ist das hier für ein Kasperletheater ?!"** und wurde für diese Äußerung von 4 Polizisten mit Polizeigriff bei gezogenen Haaren mit dem Gesicht nach unten auf die Motorhaube geschleudert.Bei erkennbaren Antifaschisten wird der "Straftatbestand der Beamtenbeleidigung" wohl etwas grober geahndet.
* **Kein Wort** darüber , daß sich PassantInnen über das aggressive Verhalten der AutofahrerInnen und anderer PassantInnen , sowie über das brutale Vorgehen der Polizei beschwert haben , was natürlich von der Polizei nicht erwähnt wird.
* **Kein Wort** über die anschließende Aktion beim SPD-Fest am Schillerplatz , wo sich ca. 15 Menschen mit einem Transparent aufstellten , auf dem stand : **"Was gibt es hier zu feiern , schämt Euch !"** Wir wollten dadurch verhindern , daß nach dem verabschiedeten "Asylkompromiß" und den faschistischen Morden in Solingen die SPD wieder zur "feierlichen" Tagesordnung übergehen kann.

V.i.S.d.P: Antifaschistische Jugend , Kaiserslautern , Ottostr.8

Noch am selben Tag (Mo.7.6) faxten wir der Rheinpfalz LeserInnenbriefe,unserePressemitteilung , sowie das Flugblatt zur Kreuzungsblockade als Klarstellung der Ereignisse.
Desweiteren bekamen alle Fraktionen im Stadtrat (außer der "Freien Liste") ,der OB , das Polizeipräsidium , die Rheinpfalz-Zentrale in Ludwigshafen und der Südwestfunk unser "Informationspaket" um den Druck in der Öffentlichkeit zu erhöhen.
Als nach einer Woche immer noch keine Reaktion der Rheinpfalz kam (es wurde keiner der LeserInnenbriefe abgedruckt , obwohl uns mindestens 5 Leute bekannt waren , die einen abgeschickt hatten!) drängten wir auf einen direkten Termin mit dem Verantwortlichen Redakteur. Bei diesem am 17.6 stattfindenden Gespräch erklärte er , daß seine Informationen auf dem Polizeibericht beruhen und durch 2Rheinpfalz-Kollegen , die zufällig dabei gewesen wären ,bestätigt worden sind.
Am nächsten Tag druckte die Rheinpfalz den folgenden Artikel ab , in den Teile des Gesprächs und Teile der LeserInnenbriefe eingeflossen sind:

Rpf 18.06.93

Demonstranten: „Wir sind keine Extremisten"

Darstellung der Polizei zurückgewiesen

„Wir sind keine Gewalttäter und gehören auch nicht der linksautonomen Szene an." Das betont Achim Müller in einer Stellungnahme zu unserem Bericht über die Demonstration und die Auseinandersetzungen am Samstag, 5. Juni, in der Fruchthallstraße (wir berichteten am Montag, 7. Juni).

Die Darstellung der Polizei bezeichnen Müller und weitere Teilnehmer der Demonstration als einseitig und teilweise unkorrekt. So hätten nicht 15, sondern 25 junge Leute, Männer und Frauen, gegen die Brandanschläge in Solingen demonstriert. Die Mehrzahl gehöre der „Antifaschistischen Jugend Kaiserslautern" an, sei nicht von außerhalb in die Stadt gekommen und auch nicht vermummt gewesen.

Achim Müller räumte im Gespräch mit der *Rheinpfalz* ein, daß die Demonstranten die Fruchthallstraße an der Einmündung zur Schneiderstraße blockierten. Wie weitere Teilnehmer an der Demo in Schreiben an die *Rheinpfalz* betonen, wollten sie damit auf „die Morde in Solingen" hinweisen und die Autofahrer und Bürger zu einer „Denkpause" zwingen. Etliche Passanten jedoch hätten auf die Blockade der Straße mit Handgreiflichkeiten und Beschimpfungen reagiert. Einige Fahrer hätten ihren Wagen gezielt auf Demonstrierende gesteuert. Dabei habe ein Jugendlicher im Reflex mit seinem Transparent ein Auto getroffen.

Kritik übten die Demonstranten auch am Einsatz der Polizei, die einen der Teilnehmer brutal auf die Motorhaube gedrückt habe, was auch einige der Passanten kritisiert hätten. Keiner der Demonstranten habe die Ordnungshüter angegriffen oder Widerstand geleistet, stellte Achim Müller fest. Auch die Mitteilung der Polizei, daß die demonstrierenden Jugendlichen mit Fußballfans aus Dresden aneinandergerieten, wiesen Teilnehmer der Demo zurück.

Die Polizei bleibe bei ihrer Darstellung, betonte demgegenüber ein Sprecher des Präsidiums auf Anfrage der *Rheinpfalz*. (hwm)



Dieser Artikel stellt unsere Gegendarstellung zumTeil verzerrt dar. Es stimmt zwar , daß wir **nicht** die "Linksautonome Szene" sind , sondern die Antifaschistische Jugend , haben dies aber **nichtals** negative Abgrenzung formuliert.Es stimmt auch , daß wir die Polizei **nicht** gewalttätig angegriffen haben.
Aus beiden voneinander unabhängigen Aussagen konstruierte die Rheinpfalz im ersten Satz des Artikels einen Zusammenhang zwischen Gewalttätern und Linksautonomen in Form eines Zitates , wie es so nicht gesagt wurde. (Und von uns auch nicht gesehen wird!)

Wir haben von Anfang an betont , daß bei unserer Aktion die Blockade der Kreuzung beabsichtigt war , und mussten dies nicht "einräumen", was wie ein nachträgliches Schuldbekenntnis klingt.

Leserbrief

Zum Artikel der RP "Randale in Innenstadt" , vom 07.06.93 im Lokalteil.

Aufgrund der Berichterstattung der RheinPfalz vom 07.06.1993 "Randale in Innenstadt" sehen wir uns gezwungen einen Leserbrief zu unserer Aktion vom 05.06.1993 zu schreiben. In diesem Artikel wird größtenteils mit erlogenen (bzw. erfundenen) Tatsachen gegen uns zu Felde gezogen.
Weder waren wir nur 15 Menschen, noch waren alle oder der Großteil Männer. Wir gehören auch nicht zu einer, von der Presse gern mißbrauchten, ominösen "Linksautonomen Szene, sondern überwiegend zur Antifaschistischen Jugend.
Es waren auch keine Zugereisten an der Aktion beteiligt, noch waren wir in irgendeiner Art und weise vermummt. Wir waren auch in keinerlei Auseinandersetzungen mit Dresdner Fußballfans verwickelt, sondern wie sie aus dem davorstehenden Text entnehmen können "nur" in Auseinandersetzungen mit wohl auch dem rechtsradikalen Lager zuzuordnenden Lautrer Bürgern. Diese attackierten uns von Anfang an mit Parolen wie: " Ab ins Arbeitslager/KZ, Alle an die Wand stellen, usw.". Den Ablauf dieser Aktion entnehmen sie am besten unserer Pressemitteilung.
Wir sehen in dem RheinPfalz Artikel ein weiteres Beispiel für die Hetze, die gegen Linke gerade auch hier in Kl praktiziert wird. Der oder Die BerichterstatterInnen sollten demnächst außer Polizeiberichten noch andere Darstellungen beachten.
Wir finden es auch bezeichnend, daß unsere spätere Aktion vor dem SPD-Fest auf dem Schillerplatz nicht erwähnt wurde, diese war wohl weniger spektakulär und nicht so leicht umzulügen.
Zur Aktion: Wir (ca. 15 Menschen) stellten uns mit einem Transparent auf dem stand:
" Was gibt es hier zu feiern, schämt euch"
vor das Fest und machten die Leute auf unsere Meinung aufmerksam. Wir wollten dadurch verhindern, daß dort trotz dem geschehenen feigen Morden in Solingen und ihrem rechtsradikalem Hintergrund einfach so zur "feierlichen" Tagesordnung übergegangen wird. Wir finden es beschämend und gleichzeitig politikerInnentypisch, das die SPD sich nach den Morden in Solingen in der Stadt selbst feierte. Nachdem sie vor zwei Wochen den Asylkompromiß mit verabschiedet hat und somit der faktischen Abschaffung des Asylrechts (§16 GG) zustimmte. Eine Entscheidung, der eine Hetze (Begriffe wie Asylantenstrom,-flut. usw.), welche die ausländerInnenfeindliche bzw. rassistische Stimmung in diesem Land aufheizte , vorausging. Die SPD wird sich dieser Verantwortung nicht entledigen können, auch mit schönen Worten nicht.
Begleitet wurde die Aktion, mit teilweise fruchtbaren Diskussionen mit der SPD-Basis und vorbeilaufenden Menschen.

Martin Ruhnau

Ermittlungsverfahren nach Blockadeaktion

Ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen einen Antifaschisten ergab sich aus der Blockadeaktion vom 05.06.93 (siehe Pressemitteilung) . Ein Autofahrer der die Blockade gewaltsam durchbrach hat Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet und einen Kostenvoranschlag für die Reperatur seines angeblich beschädigten Wagens geschickt.

Wir suchen noch Zeugen und Zeuginnen die gegebenenfalls in einem Prozeß für uns Aussagen würden > Bitte Melden bei"Antifaschistische Jugend Ottostr.8 67657 K'lautern
Tel. 0631/65260 Do 18-20 Uhr oder Mi. 20-22 Uhr.

FLUGBLATT DAS AM 05.06.93 VERTEILT WURDE.

JETZT REICHTS !!!

Die feigen Morde von Solingen zeigen überdeutlich, daß die Zeiten purer Betroffenheit und staatstragender Lichterketten zur Rettung des Ansehens der BRD endgültig vorbei sein müßen.
Wir sind nicht bereit, die Heucheleien quer durch alle staats-tragenden Parteien mitzutragen. Spätestens seit letzter Woche, als eine große Koalition aus SPD, CDU/CSU, FDP und einem Republikaner faktisch das Grundrecht auf Asyl abgeschafft haben, müßte jedem einigermaßen humanistisch denkendem Menschen klar-geworden sein, daß ihr Boot nicht unseres sein kann, daß es endlich Zeit ist für einen echten, entschlossenen Antifaschismus.Wir kennen den Weg, der zu der Bonner Entscheidung geführt hat. Eine mit allen rassistischen Klischees beladene Diskussion, in der mit bedrohlichen Begriffen wie "Asylantenflut", "-strom","Das Boot ist voll"aus allen Parteien gearbeitet wurde. Die beispiellose Hetze in den Medien von Spiegel bis Bild, von Rheinpfalz bis Mannheimer Morgen, die eine Bedrohung aufbauten, die es nie gab und auch nie geben wird.Der kollektive versuchte mehrfache Totschlag in Rostock, der von Polizei und höchsten Politikern zum Volksaufstand hochstilisiert wurde, nur weil es zur Durchsetzung und Schaffung des sogenannten Asylkompromisses nützlich war. Die Perspektivlosigkeit vieler Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen sind, wurde und wird gegen schwache, andersartige Menschen ohne Lobby kanalisiert. Die politische Klasse in diesem Land tut alles, um ihr Versagen nach der sogenannten Wiedervereinigung zu vertuschen.

DIE BRANDSTIFFTERINNEN SITZEN IN BONN !!

KEINEN FUSSBREIT DEN HEUCHLERINNEN

Statt Flüchtlige und AusländerInnen zu schützen, wurden den Naziskin-Cliquen noch Räume und Zentren zur Verfügung gestellt, wo sie ihre Rituale und ihre Hetze weiter- verbreiten konnten (Natürlich unter der Aufsicht von SozialarbeiterInnen). Medien und Justiz waren sofort zur Stelle, um aus organisierten Neofaschisten und Schlägerbanden jugendliche Einzeltäter zu machen. So auch geschehen in einem Verfahren gegen 5 stadtbekannte Faschisten aus KL, die einen Franzosen zusammenschlugen. Dieses Verfahren fand vor einem halben Jahr vor dem Amtsgericht KL statt. Letztes Wochenende prahlten teilweise dieselben Faschisten in der Innenstadt mit Parolen wie "Solingen!, wir haben noch nicht genug","Wir kriegen euch alle!","Sieg Heil".Plakate in der Karstadtpassage wurden mit ähnlichen Parolen beschmiert. Wir nehmen solche Drohungen sehr ernst, mit dem Bewußtsein, daß diese Straßenfaschisten jederzeit zu den gleich Mitteln greifen können, wie die Mörder von Saarlouis, Hünxe, Mölln, Solingen usw. Wir müßen verhindern, daß diese Nazicliquen genauso wie die faschistischen Organisationen von DVU, REPs, ÖDP sowie faschistische Kadergruppen sich öffentlich treffen können (wie z.B. in Parlamenten, Kneipen, an sogenannten Infoständen und Parteiveranstaltungen) um ihre menschenverachtende Hetze zu betreiben. Wir werden keine Ruhe geben, bis diese Schreibtischtäter und Stammtischhelden mit ihren Publikationen(Nationalzeitung, Deutsche Volkszeitung, Junge Freiheit u.s.w.) aus dem Staadtbild von KL verschwunden sein werden.

ORGANISIERT DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE !!

Wir fordern Euch auf: Schließt Euch mit Nachbarn und Bekannten zusammen. Habt Acht aufeinander. Schützt gemeinsam Eure ausländischen KollegInnen, Flüchtlinge, Behinderte vor dem rechten Straßenterror und rassistischer Hetze. Wir müssen alle enger zusammenrücken, um einen wirksamen Schutz gegen Faschisten aufzubauen. Diese Maßnahmen sind wichtig. Gerade, weil uns Erfahrungen immer wieder gezeigt haben, daß uns Polizei oder andere staatlichen Organe nicht schützen wollen oder können. Ihre "wehrhafte Demokratie" hat immer nur im Schutz von Macht, Geld, ihrer eigenen Repräsentanten und Projekte bestanden. Daß zeigt eindeutig die Härte, mit der gegen Linke in diesem Land vogegangen wird. KEINE MACHT DER OHNMACHT !! Wir haben uns als Antifaschistische Jugend zusammengetan, weil wir wissen, daß wir nur gemeinsam den rassistischen Terror auf der Straße und in den Behörden etwas entgegensetzen können. Für das gleichberechtigte und selbstbestimmte Zusammenleben aller Menschen, egal woher sie kommen, egal wie sie aussehen, egal welches Geschlecht sie haben. Um diesen Zielen näher zu kommen, brauchen wir Freiräume, die wir ohne Aufsicht und Hierarchie selbst gestalten und organisieren können. Wir brauchen Räume, frei von rassistischer und sexistischer Anmache, um Solidarität und Eigenverantwortung entwickeln zu können.

FÜR EIN SELBSTVERWLTETES KULTURZENTRUM IN KAISERSLAUTERN

EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN !!

WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN UND OFFENE GRENZEN FÜR ALLE

SCHAFFT DIE ANTIFASCHISTISCHE EINHEIT !!

ZUSAMMEN GEHÖRT UNS DIE ZUKUNFT !!!

Antifaschistische Jugend KL

"Kasperletheater,oder was ?!" §

Bereits in der letzten K-BUTT (Ausgabe Mai/Juni) haben wir durch eine Stellungnahme unsere Ausladung von dem Aktionstag gegen Fremdenfeindlichkeit im Landstuhler Gymnasium
dokumentiert. Als Begründung wurde von der Schulleitung ein " schlechter Einfluß auf ihre Schüler "angeführt, den Sie konkret aus einem Satz unseres 8-seitigen Flugblattes interpretierte.
-SO WEIT SO SCHLECHT-
Eben dieser Satz " Sprüht Eure Meinung an die Wand ", ist nun Anlass eines Ermittlungsverfahrens gegen ein Mitglied der " Antifaschistischen Jugend ". Nach Meinung der Kriminalpolizei Kaiserslautern /Abteilung K21 , erfüllt dies den Strafbestand nach §111 , "Öffentliche Aufforderung zu Staftaten "; Zitat Strafgesetzbuch : *"(1) Wer öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften /§11 Abs. 28 zu einer rechtswidrigen Tat auffordert , wird wie ein Anstifter bestraft (§28).*
(2) Bleibt die Aufforderung ohne Erfolg , so ist die Strafe: Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstafe. Die Stafe darf nicht schwerer sein als die , die für den Fall angedroht ist ,daß die Aufforderung Erfolg hat (Abs.1);§49 Abs.1 Nr.2 ist anzuwenden."
Schülerinnen des Landstuhler Gymnasiums, die für eine Schülerzeitung recherichterten, bekamen von Herrn Manfred Leonhardt, dem Direktor zu hören: " Daß er ja eigentlich nichts gegen uns hat und auf keinen Fall etwas mit dem Ermittlungsverfahren zu tun hätte."
Wie sich aber bei der Akteneinsicht herausstellte, hatte Hr.Leonhardt das Flugblatt bei der Polizei vorgelegt und ist somit der Auslöser für dieses Verfahren. BRAVO!!! , weiter so Hr.Leonhardt , würden doch nur alle deutschen Direktoren so ein Vorbild für " Eigeniniative gegen Fremdenfeindlichkeit "abgeben.
Durch das angagierte Eingreifen des Direktors konnte die KriPo auch schnell den angeblich Verantwortlichen ausfindig machen. Eine "Autonome Antifa KL" wurde da aus der Schublade gezogen , deren Mitglied der "Leiter" der Antifaschistischen Jugend sein soll.
Dazu gibt es nur soviel zu sagen, daß es unseres Wissens keine "Autonome Antifa KL" gibt. Das Wort Autonom soll hier einen Zusammenhang assoziieren , der von Polizei und Medien mit Gewalt und Terrorismus verbunden wird. Auch scheint es den Ermittlungsbehörden entgangen zu sein, daß wir den Anspruch haben, keine hierarchischen Strukturen zuzulassen und es somit keinen Leiter oder Führer geben kann und soll. Aber das dürfte für diese Befehlsempfänger auch unvorstellbar sein.

Schluß mit den Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen !!

Wehrt euch - gegen Nazis , Staat und den Normalzustand !! *Kasperle*

Prozeß gegen vier Antifaschisten aus Rheinlandpfalz

Am 12.10.1991 wurden sieben Menschen auf der A6 zwischen Homburg und Kaiserslautern von der Polizei gestoppt und festgenommen. Ohne über den Grund der Festnahme informiert zu werden, wurden sie auf die Homburger Wache gebracht und mehrere Stunden festgehalten. Voraus gegangen war an diesem Tag eine Demonstration gegen Naziterror und Rassismus. Diese fand direkt als Reaktion auf die Brandanschläge am 19.09.1991 in Saarlouis-Fraulautern und Saarwellingen statt. Bei einem der Brandanschläge wurde der Ghanese Samuel Yeboah getötet, zwei weitere Menschen wurden lebensgefährlich verletzt.
Anlaß für die Festnahmen war, daß am Nachmittag des selben Tages der bekannte Naziskintreffpunkt, die Kneipe Spinnrädchen angegriffen wurde. Gegen die sieben Festgenommenen wurde daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen §233a (Schwere Körperverletzung), §125a (Schwerer Landfriedensbruch) und so weiter eröffnet. Während gegenüber Dreien das Verfahren eingestellt wurde, sollte gegen die restlichen Vier der Prozeß am 4 Dezember 1992 beginnen. Das Gericht ließ aber diesen Termin wegen einer "Weihnachtsfeier" platzen. Ein neuer Termin wurde jetzt nach längerem Hin und Her auf den 7 Sep. 93 angesetzt.

Die"Beweismittel"
der Staatsanwaltschaft

- Die sogenannten Tatzeugen sind bis auf einen Passanten alle der Naziskinheadszene zu zuordenen.
Zwei der Faschisten konnten sich die Festgenommenen schon im Gang des Polizeireviers Homburg genauer begutachten, bevor es zu einer "Gegenüberstellung" kam. Diese lief so ab, daß die sieben Festgenommen nebeneinander gestellt wurden, und die Faschos sie nochmal durch die getönte Scheibe beglotzen konnten. Jörg Hemmerling ehemaliger Besitzer des Spinnrädchens wurden einen Tag später Polariodfotos nur von den Sieben vorgelegt. Solche Praktiken sind selbst nach geltendem Recht nicht zulässig.
- Die weiteren Zeugenaussagen der Faschisten sind recht widersprüchlich. Neben Andre Korn, einem nach unserem Wissen unbedeutendem Mitläufer (bzw. Mitschläger) in der Faschoszene, ist der zweite der oben genannten "Belastungszeugen",Oliver Neumüller aus St.Ingbert Kreisvorsitzender der JN (Junge Nationaldemokraten) im Bereich Saar Pfalz. Er hat sich schon des öfteren öffentlich als Führer der Naziskins im Saarland bezeichnet. Außerdem hat er schon einige Nazikonzerte im Saarland organisiert. Unter anderem das Screwdriverkonzert im Sep. 1991 in Hassel bei St.Ingbert, zu dem ca. 450 Naziskins kamen. Dazu kommt "auch", daß er letztens selbst wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht stand, weil er einem Antifaschisten eine schwere Kopfverletzung beigebracht hat.

- Dazu kommt daß der Staatschmutz in seinen Protokollen Sachen geschrieben hat die so faktisch nicht zu belegen sind.

Wichtig zu erwähnen ist es, daß der saarländische Staatschmutz bzw. die dort ansässige Abt. T (wie Terrorismus) gleich die Ermittlungen übernahmen. Die Abteilung Terrorismus ist eine zivile Spezialabteilung deren Beamte sich bei der Bekämpfung linker Opposition besonders hervor tun.
Dabei umfassen ihre Maßnahmen:

- Observationen, das geht vom punktuellen bis kontinuierlichem Abhören von Telephonen Wohnungen und Räumen in denen sich Menschen treffen, um pol. Initiativen zu besprechen.
Das beinhaltet weiterhin das Photographieren und Bespitzeln (Zu Fuß oder mit dem Auto) von ihnen pol. mißliebigen Personen. Insbesondere in Hochphasen von Mobilisierungen, werden Observationen über Wochen ausgedehnt.

- Sabotage des Alltages
Ein beliebtes Mittel dieser Abteilung ist, Leute als TerroristInnen bei VermieterInnen oder ChefInnen oder Ämtern (Arbeits- oder Sozialamt) zu denunzieren.
Das Ziel ist die Stabilität eines geregelten Alltages zu zerstören und so Leute in ihrer pol. Arbeit indirekt zu sabotieren. Es ist auch nichts außergewöhnliches, daß sie gerade bei jüngeren Menschen zu deren Eltern gehen um Mißtrauen und Angst zu säen, mit der Absicht, die Eltern gegen ihre Kinder aufzuhetzen.

Chef dieser Spezialabteilung in Saarbrücken ist Kriminalkommissar KK Weiland. KK Weiland hat in ähnlichen Verfahren gegen Linke umstrittene, oft haarsträubende Aussagen gemacht oder machen lassen.

Zu dem zeigte der Staatsschmutz in Zusammenarbeit mit der Saarbrücker Zeitung, in dem Artikel "Die Extremisten rüsten auf" vom 20.11.92 von wo für sie die eigentliche Gefahr ausgeht. Mit fadenscheinigen Begründungen und stat. Zahlen soll bewiesen werden das die eigentliche Gefahr von Links ausgeht. Dies wird geschmückt mit Staatschmutzbegriffen wie " RAF-umfeld, Links Extremisten usw. ". In diesem Zusammenhang werden in diesem Artikel das Autonome Zentrum Brauerstr. in Saarbrücken sowie "Vorfälle um die Skinheadkneipe Spinnrädchen" erwähnt. Wir sehen in der Informationpolitik des Staatsschmutzes den Charakter von Vorverurteilungen und Denuziatentum.

Da wir wegen diesen Tatsachen von einem dringenden Verurteilungswillen von Seiten des Staatschmutzes und der Staatsanwaltschaft ausgehen müssen, sehen wir es als dringend notwendig an, daß viele Menschen vom Prozeß mitkriegen und sich auch zum Prozeßtermin mobilisieren lassen. Wir denken, daß sich am ehesten durch einen starken öffentlichen Druck eine Verurteilung verhindern läßt. Wir rufen einzelne Menschen oder Gruppen auf, Solikonzerte für unsere Prozeßkasse zu organisieren bzw. Infos und Flugblätter weiter zu verbreiten. Wir sind gerne bereit Infoveranstaltungen zu dem Prozeß zu machen.



Keine Kriminalisierng von AntifaschistInnen

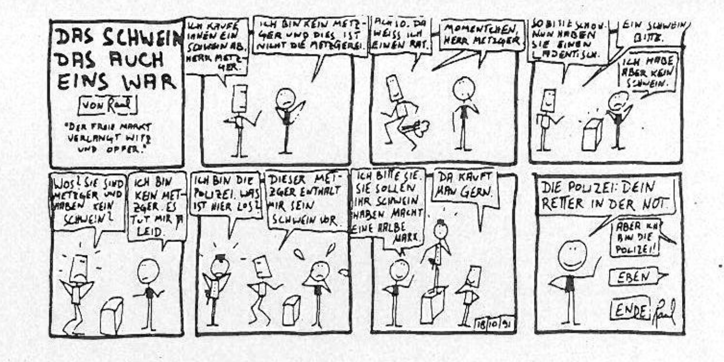
Schreibt an Prozessgruppe%
Antifaschistische Jugend
Ottostr.8 67657 Kaiserslautern !

SPENDENKONTO: F. WESP „PROZEßKONTO"
BLZ: 540 520 00 KONTONR.: 100895630
KREISSPARKASSE KAISERSLAUTERN

Staatsschutz Kaiserslautern bespitzelt Antifaschistische Jugend !!!

Beamte der Abteilung K23 ,Staatsschutz, vielen vermehrt auf wie sie Mitglieder der Antifaschistischen Jugend beobachtet.
so wurde der Leiter der Abteilung, ein gewisser **Herr Lang** ,bei der Blockadeaktion vom 05.06.93 von anfang an in Zivil gesehen. Später wurde beobachtet wie er die eintreffenden Polizeibeamten auf bestimmte Personen aus unserer Gruppe aufmerksam machte.
Bei der Gedenk-Kundgebung der Jusos zu den Opfer von Sollingen am 10.06.93 in Hochspeyer war Herr Lang mit einem Kollegen in einem weißen VW-Combi unterwegs. Sie Beobachteten einige AntifaschistInnen die umstehende Dorfnazis photografierten. als ca. 2 Stunden später ein Auto mit mehreren Neonazis aus dem Saarland (SLS - Kennzeichen) vor dem Treffpunkt der Faschisten in Hochspeyer (**Stellwerk 2000**) hielten ,waren die Beamten des Staatsschutzes schon lange nicht mehr anwesend.
Vor einigen Wochen bereits tauchten Beamte Abt. K23 bei der Vermieterinn der Ottostr. 8 (EPI-Zentrum) auf um von ihr Informationen über die Gruppen zu bekommen die diese Räumlichkeiten nutzen.
Wir fordern den Staatsschutz auf die Bespitzelung gegen uns und die Benutzerinnen des EPI-Zentrums einzustellen. (Dies ist die 154 zigste Aufforderung)
)

Wir werden die Öffentlichkeit auch in Zukunft darüber Informieren wie sich der Staatsschutz uns gegenüber verhält.



Polizei beschützt Neonazitreffen, über 50 AntifaschistInnen festgenommen.

Am 12.06.93 wurde ein Neonazitreffen von der "Aktionspartei Nationalrevolutionären Kameraden" (Manfred Huck) organisiert und auf einem NPD Weingut in Worms/Pfeddersheim abgehalten. Der "Liedermacher" Frank Reinicke (Nationale Front, Wiking Jugend) hielt dort seine menschenverachtende Hetzpropaganda in Form von "Volksliedern" ab.
Ca. 100 AntifaschistInnen aus der näheren Umgebung wollten das Treffen stören, indem sie den Treffpunkt der Faschos, die Autobahnraststätte Wonnegau/Ost bereits am frühen Nachmittag belagerten. Daran beteiligten sich auch einige türkische Jugendliche aus Worms. Mehrere Einsatzfahrzeuge der Polizei, darunter ein Sondereinsatzkommando (SEK) und eine Hundestaffel aus Neustadt und Kaiserslautern waren zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" anwesend.
Gegen 18:00 Uhr tauchte dann plötzlich der bekannte Neonaziführer Manfred Huck (ANK) auf um seine Kameraden abzuholen. Leider erkannte Huck die Situation sehr schnell, so daß er bei den anwesenden Polizisten Schutz suchte und mit denen ca. 15 min., das weitere Vorgehen absprach. Wir waren etwa auf 20 m herangekommen und machten einige gute Fotos von Huck. Als sein Auto plötzlich mit Vollgas an uns vorbei fuhr, vorne weg ein Zivilfahrzeug der Polizei. Viele der anwesenden AntifaschistInnen waren stink sauer, daß sie ca. 20 m von diesem Faschistenschwein entfernt standen und dieser dann unter Bullenschutz das Weite suchte.
Danach tauchten nur noch wenige Autos von Faschisten auf, da der überwiegende Teil von ihnen per Funktelephon umgeleitet wurde. Nun erfuhren wir, das in ca. 100 m Entfernung des "NPD Weingut" eine türkische Hochzeit gefeiert wurde und das SEK sich zum Einsatz bereit machten. Also beschlossen wir uns nach Worms/Pfeddernheim zu begeben, um möglichst nah an das Weingut heran zu kommen. Wir begaben uns teils zu Fuß und teils mit PKW's nach Pfeddersheim. In Pfeddersheim angekommen machten wir uns auf die Suche nach der türk. Hochzeit, entdeckten aber zuerst einmal ca. 30 Leute, die von der Polizei durchsucht wurden.
Die Gäste der Hochzeit waren uns gegenüber eher mißtrauisch gestimmt. Viele waren aus Angst vor Übergriffen, durch die Faschisten erst gar nicht angereist.
So begaben wir uns in Richtung des Weingutes, das in der Nähe in einem Wohngebiet liegt. Wir wurden allerdings in ca. 25 Metern Entfernung von beiden Seiten des Einganges durch Polizeiabsperrungen gestoppt. Auf unserer Seite standen hauptsächlich türk. Menschen, welche in zum Teil heftige Diskussionen mit den Bullen verwickelt waren. Die Situation war so, das die meisten Faschisten schon an dem Veranstaltungsort befanden. Es kamen nur noch einige Nachzügler,eskortiert von den Bullen, zu den Absperrungen. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich außer den Bullen keine Menschen auf der anderen Seite der Absperrung auf.
Die Leute die von der Polizei durchsucht worden waren tröpfelten so nach und nach ein, und erfuhren, das die Gruppe die sich zu Fuß auf den Weg nach Pfeddersheim gemacht hatte, vor dem Ort von der Polizei aufgehalten wurde. Erst nach über einer Stunde waren wir erst vollzählig vor beiden Seiten der Absperrungen zusammen. Die Stimmung der Leute wurde so langsam etwas besser und wir fingen an Parolen zu rufen. Viele der Leute hatten sich vermummt, da die Faschos uns mit ihren Photoapparaten ins Visier nahmen. Etwa gegen 21:00 Uhr kam es einige Straßen weiter zu einer Aktion, bei der das Auto des "Fascho Liedermachers" beschädigt wurde.
Wenige Minuten später tauchten aus drei verschiedenen Richtungen Bullen, in vollem Kampfdress auf und griffen uns sofort ohne erkennbaren Grund an. Unter ihnen waren auch Bullen des Mainzer SEK's. diese fielen durch ihr besonders brutales Vorgehen wieder einmal auf. Es wurden mehrere Menschen von ihnen verletzt. So mußte eine Frau mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Etwa 50 Leute wurden eingekesselt und anschließend verhaftet. Uns wurde öfters mit Schlägen gedroht und der Film aus unserer Kamera zerstört. Wir wurden alle mit Handschellen gefesselt abgeführt und auf verschiedene Polizeireviere verteilt. Das bedeutete das wir auch nach unseren Freilassungen noch einige Schwierigkeiten hatten uns wieder zu treffen.

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten und üben fleißig für ein Neues '33



Was sind Edelweiß-Piraten ?

Der Name Edelweiß-Piraten leitet sich von einer Jugendbewegung, die es in der 2.Hälfte des 3.Reiches gab, ab. Es waren Jugendliche, die sich weigerten, der Hitler-Jugend beizutreten, weil sie gegen die Militanz und die reglementierte Freizeitgestaltung waren und sich nicht dem Faschismus unterordneten. Durch ihr provokatives Auftreten wurden sie von den Nazis krimminalisiert und oftmals ohne Gerichtsurteil hingerichtet.

Im Herbst 1991, nach dem Anschlag in Hoyerswerda, gründeten sich erneut Edelweiß-Piraten mit veränderten Zielen. Es fanden sich Leute zusammen, die heute aktiv etwas gegen den Faschismus und Rassismus tun wollen. Mitlerweile gibt es Bundesweit viele unterschiedliche Epi-Stämme (Edelweiß-Piraten Gruppen), die unabhänig voneinander sind und hauptsächlich über das Koordinationsbüro in Berlin untereinander in Verbindung stehen. **Gewalt wird abgelehnt.** Jeder einzelne Epi-Stamm ist völlig unabhänig und kann selbst bestimmen, was vom zugeschickten Material veröffentlicht wird und was sie überhaupt machen.

Jetzt haben sich auch in Kaiserslautern Leute zusammengefunden, die den Epistamm KL "Tacheles" gegründet haben. Wir wollen keine Konkurenz zur hier arbeitenden Antifaschistischen Jugend sein, da wir eine andere Zielgruppe ansprechen wollen. Wir verfolgen nur legale Handlungen und sind natürlich gewaltfrei. Wir aggieren nicht nur rein politisch, wir wollen auch mit der Gruppe etwas unternehmen wie z.B. Konzert- und Schwimmbadbesuche, Zeltlager usw..

Wer noch Fragen an uns hat sollte sich unter
EDELWEISS-PIRATEN-TACHELES
Am Vogelacker 20
66887 Föckelberg
melden.

HEIMTÜCKISCHER ANSCHLAG AUF EINEN VERTEILERKASTEN UND DIE FOLGEN

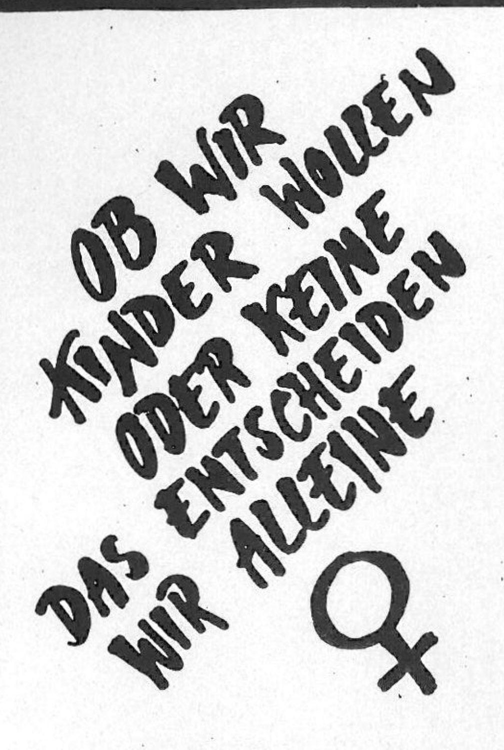
Vor über 1 1/2 Jahren (Dez. 91) wurden 2 Menschen von Zivilfahndern der Kriminalpolizei mit gezogener Pistole bedroht und Festgenommen. Bei der Durchsuchung wird versucht sie mit sprüchen wie :"Halt ruhig ,sonst zieh ich dir die Knarre über den Kopf" , einzuschüchtern.
Einer der Festgenommenen wird dazu gezwungensich mit Handschellen auf den Rücken flach auf den Bauch zu legen.
Später auf der Wache (Pfaffplatz, Abteilung K23) werden beide Photografiert und einem werden noch die Fingerabdrücke genommen (ED-Behandlung).
Tatvorwurf ist"Sachbeschädigung an einem Verteilerkasten der deutschen Bundespost". Mittels Farbrollen wurde der Satz:" Bleiberecht für alle - Abschiebung ist Mord" auf einen Verteilerkasten angebracht. Ein öffentliches Interesse zur Strafverfolgung wurde von der Staatsanwaltschaft geltend gemacht.
Anfang 93 bekam einer der Beschuldigten eine Geldstrafe von 870.- DM aufgebrummt.
Aktuell wird die ganze Geschichte durch eine weitereFestnahme ende Juni 93. Bei einer "normalen" Straßenkontrolle wurde eine Person festgenommen und in die Justiz-vollzugsanstallt (JVA) eingeliefert , da seit Januar 93 ein Haftbefehl gegen sie läuft. (Aufgrund der Sachbeschädigung an einem Verteilerkasten der deutschen Bundespost im Dezember 91). Haftbefehl wurde erlassen da der Betroffene nach Meinung der Ermittlungsbehörden der Zahlungsaufforderung (580.- DM Geldstrafe) nicht nachkam und sich Verborgen hält.
Fakt ist aber das der Betroffene nie darüber in Kenntnis gesetzt wurde das gegen ihn ein Ermittlungsverfahren läuft , und auch keine Zahlungsaufforderung bekommen hat. Den wie aus den Akten zu sehen ist haben die Behörden die Post an eine Adresse geschickt wo der Betroffene , nach polizeilichen Angaben , zeitweise wohnte aber nie offiziell angemeldet war. An seine Meldeadresse ging nie eine Mitteilung ein. Auch der Vorwurf er "Verberge" sich, ist purer blödsinn, da er bei seinen Eltern wohnt und zur Schule geht.
Durch zahlung der ausstehenden 580.- DM Geldstrafe wurde er am nächsten tag aus der JVA entlassen.
* Zu einem krassen Beispiel wie Polizei und Justiz willkürlich mit zweierlei Maß messen wird die Geschichte wen man weis das der Stadtbekannte Neonazi **Alexander Niederhöfer** ,eine Geldstrafe von 900.- DM zu zahlen hatte. Niederhöfer war 1992 wegen "gefährlicher Körperverletzung" angeklagt, weil er zusammen mit einem weiteren bekannten Faschoschläger ,**(Dirk Holdinghausen)** ,in Hochspeyer einen Somalischen Asylbewerber krankenhausreif geschlagen hat.

Heimtückischer Anschlag auf einen Verteilerkasten (der deutschen Bundespost) = Haftbefehl und insgesamt 1450.- DM Geldstrafe.

Gefährliche Körperverletzung an einem Somalischen Flüchtling = 900.- DM Geldstrafe.

FUCK THE POLICE
FUCK THE JUSTICE
FUCK THE FASHISTS

♀♀♀♀♀♀♀ WEG MIT DEM §218 ♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀



Das Bundesverfassungsgericht hat am 28.05. die (von einer 2/3 Mehrheit* beschlossene) Reform des §218 verworfen. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen wurde wieder einmal mit Füßen getreten. Wie können wir uns das gefallen lassen, daß 7 Männer und eine Frau (fast alle parteigebunden) über uns Frauen, über unseren Körper und unsere Selbstverantwortung bestimmen und das ganze dann noch "IM NAMEN DES VOLKES" verkünden? Wer ist denn da das Volk, wenn nach vorherigen Meinungsumfragen 80 % der Bevölkerung (Frauen wie Männer) sich eindeutig für eine Fristenlösung ausgesprochen haben?Viele von uns hatten mit diesem Urteil nicht gerechnet und so saßen wir an jenem schwarzen Freitag geschockt vor unseren Flimmerkisten und wollten es einfach nicht wahrhaben. Die Ohnmacht im Nacken, die Wut, den Ärger und die Trauer im Bauch. WAS JETZT?
Die Zeit vor der Entscheidung waren wir so sehr mit der Mobilisierung zum Tag X (der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl) und dem Kampf gegen die Faschisten und deren Handlanger beschäftigt, und waren uns nicht bewußt,welche Folgen das Urteil des BVG für uns haben kann.

KEINE MACHT DER OHNMACHT

Wir haben keine Lust stillschweigend hinzunehmen, daß jetzt Millionen von Frauen gedrängt und überredet werden Kinder zu kriegen, die sie nicht wollen, oder dafür (finanziell) bestraft werden, wenn sie sich doch für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Ganz davon abgesehen, daß dadurch wieder viele Frauen selbst versuchen abzutreiben, EngelmacherInnen zu Opfer fallen oder sich umbringen.
Die psychischen und gesundheitlichen Folgen sind katastrophal.

In unseren Diskussionen haben wir gemerkt, daß für viele Mädchen und Frauen ein großes Informationsdefizit besteht, viele nicht wissen, was das frauenverachtende Urteil konkret bedeutet, wenn Frau ungewollt schwanger geworden ist und abtreiben will.Weil die Praxis hinsichtlich des § 218 von Stadt zu Stadtverschieden ist, haben wir uns bei einer anerkannten Beratungsstelle erkundigt, wie die Situation speziell für Frauen in Kaiserslautern aussieht.

*des Bundestages

DIE (ZWANGS)BERATUNG

-Die schwangere Frau wird darauf hingewiesen, daß laut Gesetz der Schutz des ungeborenen Lebens im Vordergrund steht (und nicht das ihre). Sie soll ermutigt werden das Kind zu kriegen und nicht über redet werden.
-Es wird ein ausführliches Protokoll über die Beratung geführt. Dabei MÜSSEN folgende Angaben gemacht werden: Angaben zu Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anzahl von Schwangerschaften, Geburten und Abtreibungen, Grund/Gründe für den vorgesehenen Abbruch. Die Daten sollen angeblich anonymisiert werden (Anm. es ist zu erwarten, daß die Beratungsstellen überprüft werden).
-Die Beratung kann sich über mehrere Sitzungen hinziehen, jenachdem, wie sicher bzw. unsicher Frau ist.
-Der Beratungsschein muß in der Regel ausgestellt werden, es sei denn eine Frau schaltet " auf Durchzug" und verweigert eigene Angaben.
- Die Frau hat das Recht zu entscheiden, ob ArbeitgeberInnen, VermieterInnen und Eltern zu ihrer sozialen Situation gehört werden können.
-Die Zwangsberatung selbst ist kostenlos.
-Für viele Frauen ist es hilfreich mit einer Person ihres Vertrauens zu dem Beratungsgespräch zu gehen





INDIKATIONEN

ES GIBT KEINE SOZIALE INDIKATION MEHR, d. h. einerseits,sie braucht keine, von ärztlicher Seite befürwortete Indikation mehr. Es genügt jetzt das ausführliche Beratungsgespräch und die Bereitschaft eines Arztes/Ärztin den Abbruch durchzuführen. Andererseits muß sie die Kosten (in Kaiserslautern ca. 720,- DM) für eine ambulante Abtreibung) selbst übernehmen. Medizinische, embryopatische und kriminologische Indikation bleiben bestehen.
Ein Schwangerschaftsabbruch ist nicht rechtswidrig, wenn von ärztlicher Seite bestätigt,folgende Indikationen vorliegen:
1. MEDIZINISCHE INDIKATION, wenn das Leben der Frau bedroht ist. Sie muß sich NICHT beraten lassen, es ist keine FRIST gesetzt.
2. EMBRYOPATISCHE INDIKATION, bei Gefahr für die Gesundheit der Leibesfrucht. Sie muß sich 3 Tage vor dem Eingriff beraten lassen. Es gilt eine FRIST VON 22 WOCHEN.

3. KRIMINOLOGISCHE INDIKATION, nach einer Vergewaltigung. Die Feststellung erfolgt über einen Arzt. Sie muß sich 3 Tage vor dem Eingriff beraten lassen. Es gilt 12-WOCHEN-FRIST.In diesen Fällen werden die Kosten von den gesetzlichen Krankenkassen getragen. Ebenso müssen auch die Folgekosten, falls es bei einem (unsachgemäßen) Abbruch zu Komplikationen kommt.← übernommen werden
-Wenn Selbstmordgefahr für die Frau besteht, muß einE Psycho therapeutIn ein Gutachten erstellen und die Suizidgefahr bestätigen. In diesem Fall ist eine medizinische Indikation möglich(mit Kostenübernahme).

WENN EINE FRAU IN EINER FINANZIELLEN NOTLAGE IST:
-Wenn die Frau Sozialhilfeempfängerin ist, übernimmt das Sozial amt die Kosten.
-Bezieht sie keine Sozialhilfe, hat aber trotzdem zu wenig Geld für eine Abtreibung, kann auch sie einen Antrag auf "Hilfe in besonderen Lebenslage" stellen.* Das muß sie selbst machen. Spätestens dann, ist die Anonymität der Frau nicht mehr gewährleistet.
DER SPIEßRUTENLAUF: ARZT - BERATUNGSSTELLE - SOZIALAMT BIS HIN ZUR ABTREIBUNG WERDEN ZUM WETTLAUF GEGEN DIE ZEIT.
-In Kaiserslautern gibt es die Möglichkeit ambulant und stationär abzutreiben. Nach unseren Informationen wird sich daran auch in Zukunft nichts ändern. Die Adressen liegen bei den Beratungsstellen vor.

*aber auch da fallen viele Frauen raus.

DAS URTEIL IST NICHT NUR FRAUENVERACHTEND, ES IST AUCH VERLOGEN

In einem Land, in dem ungeborenes Leben mehr zählt, als bereits geborenes.Ein Land, in dem Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze fehlen, wo einkommensschwache Mütter, Eltern, Familien wenig bis keine Unterstützung staatlicherseits erfahren (Kindergeld und Erziehungsgeld sollen ja auch gekürzt werden) noch dazu gesellschaftlich geächtet und benachteiligt werden (z.B. Wohnungssuche);
Ein Land, das jetzt das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft hat und somit in Kauf nimmt, daß 1000de von Menschen in ihren Heimatländern verfolgt, gefoltert und ermordet werden; Ein Land, das keinen Schutz für ausländische Menschen, AsylbewerInnen, Sinti und Roma, behinderte Menschen ... bietet, wenn sie von deutschen Neonazis und Faschisten angegriffen oder gar ermordet werden;
... es gibt noch tausend Beispiele (wie ja auch, der jetzt, von dem selben Bundesverfassungsgericht genehmigte Einsatz von Bundeswehreinheiten in Somalia), die zeigen für wen dieses Gericht entschieden hat .

WIR NEHMEN DIESES URTEIL NICHT AN

WEG MIT DEM § 218

FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER FRAUEN

SCHUTZ DEM LEBENDEN LEBEN

FRAUEN, die noch mehr (u.a. über uns → buntgewürfelter Haufen von Frauen: Schülerinnen, Arbeiterinnen, Studentinnen, Hausfrauen ...) wissen wollen;
FRAUEN, die raus aus ihrer Isolation & Ohnmacht wollen, und
FRAUEN, die einfach Lust haben, mit andern Frauen was zu machen
können FREITAGS, 20°° Uhr, zu unsren Treffen in's EPI-Zentrum, Ottostr. 8, vorbei kommen
Tel: 65260)

Libertäre Tage '93

Von Gründonnerstag bis Ostermontag fanden an der Universität in Frankfurt/Main die Libertären Tage '93 statt. Gruppen und Einzelpersonen aus dem Frankfurter "Dezentral" hatten rund 1 1/2 Jahre lang dieses bundesweite Treffen der anarchistischen Bewegung vorbereitet. 1987 hatten an der Frankfurter Fachhochschule die ersten Libertären Tage stattgefunden, an denen sich damals ca. 2000 Menschen beteiligten.

Die über 2000 TeilnehmerInnen der diesjährigen Libertären Tage stammten wohl zum überwiegenden Teil aus der engeren anarchistischen Bewegung. Im Gegensatz zu dem Treffen vor sechs Jahren dürfte sich ein eher geringer Teil der autonomen Szene zugerechnet haben. Es war weder die angestrebte Beteiligung Außenstehender noch - nach meinem Eindruck - eine nennenswerte Anwesenheit anderer Sozialisten zu verzeichnen.

Das vorgesehene Programm enthielt ganz Verschiedenes. Einige Großveranstaltungen (Eröffnung, Vorträge mit anschließender Großdiskussion, Abschlußplenum) sprengten regelmäßig den größten Hörsaal der Frankfurter Uni.

Eine Demonstration zum Römer unter dem Motto "Gegen Rassismus und Staat - Für Anarchie und Selbstbestimmung" sollte am Samstag morgen die Libertären Tage auch in der Wohnbevölkerung Frankfurts bekannt machen.

In 22 vorgeplanten und ca. 10 spontanen Arbeitsgruppen konnten sich die TeilnehmerInnen mit den verschiedensten Themenstellungen im Zusammenhang mit Anarchie und anarchistischer Bewegung beschäftigen. Das äußerst breite Themenspektrum reichte von Themen wie "Anarchistische Bewegung heute" und "Soziale Ökologie", über einzelne anarchistische Schwerpunkte, wie z.B. "Gewerkschaftliche Strategien" und "Antifaschismus als Teil des Weges in eine anarchistische Gesellschaft", über feministische Themen wie "Anarchismus, Feminismus und Staat" bis zu konkreten einzelnen Aspekten anarchistischen Denken und Handelns z.B. in "Anarchismus als Sprachkritik" oder "Bildung und Erziehung ohne Herrschaft".

Vorwiegend abends gab es ein vielfältiges kulturelles Angebot mit Konzert, Theater, Fete, einer Führung im Museum für moderne Kunst und mehreren Performances.

Die anarchistischen Organisationen Graswurzelrevolution (GWR), Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union (FAU), Initiative für eine Anarchistische Föderation in Deutschland (I-AFD) und Projekt A stellten sich in einigen Räumen vor. Daneben präsentierten sich noch einige kleinere Gruppen mit Ständen.

Parallel zu den Libertären Tagen fand eine libertäre Buchmesse statt, auf der man einen sehr guten Überblick über die anarchistische Literatur bekommen konnte.

Das niederländische Kochkollektiv "Rampenplan" versorgte die TeilnehmerInnen mit Vegetarischem.

Was nicht vorgesehen war, in der Planung der nächsten Libertären Tage aber berücksichtigt werden muß, waren geschlechtlich homogene Plenen. Sie bildeten sich am Samstag nachmittag spontan unter miserablen äußeren Voraussetzungen (im Freien), trotzdem aber mit intensivster Beteiligung. Anlaß war ein Vorfall, bei dem eine Frau von einem der auf dem Gelände befindlichen Obdachlosen getreten worden war, ohne daß die belebte Umgebung eingegriffen hätte. Nachdem sich ein Frauenplenum gebildet hatte, bildete sich auch ein Männerplenum, das teilweise weit über den konkreten Anlaß hinaus Fragen um Gewalt gegen Frauen und Männer aus verschiedensten Blickwinkeln diskutierte. Das Männerplenum traf sich am Samstag noch einmal mit ähnlich breiter und hoher Beteiligung.

Ein anderer Gegensatz war der zwischen Libertären aus dem Osten Deutschlands und solchen aus dem Westen. Des öfteren wurde eine gewisse Arroganz gegenüber den Menschen aus dem Osten und eine Ignoranz für deren Bezüge, Sichtweisen und Lösungen spürbar. Obwohl er wohl ähnlich spürbar war, wie die Probleme mit Sexismus und Gewalt, wurde dieser Gegensatz leider fast gar nicht öffentlich thematisiert.

Was bei mir aber den stärksten Eindruck hinterlassen hat, war keine einzelne Veranstaltung; sondern das Verhalten der Leute und die Atmosphäre auf diesem Massenkongreß.

Bemerkenswert war einerseits das spürbare Selbstbewußtsein der Leute, andererseits aber auch die von vielen als angstfrei empfundene Atmosphäre, in der sich dies erst entfalten kann. Erwähnenswert auch, daß weder auf den Großveranstaltungen noch anderswo Promis auftraten, die in der libertären Bewegung auch ohnehin praktisch nicht existieren.

Auffallend waren auch (aus meiner männlichen Sicht...) die Männerplenen. Mit der größten Selbstverständlichkeit fanden sich zweimal spontan ein großer Teil der anwesenden Männer zusammen, um über ihr eigenes Verhalten zu debattieren. Diese Diskussionen liefen in einer großen Offenheit, mit der Fähigkeit zum Zuhören und einer großen Ernsthaftigkeit, ohne allerdings in Sturheit oder Dogmatismus zu verfallen (es waren z.B. auch einzelne Frauen problemlos akzeptiert). Die Ausdauer der Teilnehmer war, wie auch bei anderen Gelegenheiten, erheblich.

In den meisten Arbeitsgruppen, in denen eine Diskussionsleitung in der Regel überflüssig war, war das Bemühen zu spüren, Herrschaftslosigkeit für sich und andere konkret zu leben. Dies resultierte in einer Freiheit des Einzelnen, die auch ganz natürlich die Verantwortung für das eigene Verhalten und Sensibilität gegenüber anderen fordert.

Auf dem Abschlußplenum gab es ganz unterschiedliche Stimmen, die von totaler Euphorie bis zur völligen Enttäuschung reichten. Es stellte sich heraus, daß von denen mit negativem Eindruck viele mit massiven Erwartungshaltungen gekommen waren, die oft nicht adäquat gewesen sind.

Die nächsten Libertären Tage werden wegen der hohen Arbeitsbelastung wohl nicht wieder in Frankfurt stattfinden. Eine erhebliche Bereicherung der anarchistischen und der sozialistischen Bewegung allgemein werden sie aber sicher wieder sein.

Stefan Merten
Libertäre Gruppe Kaiserslautern

PS: Von der Libertären Gruppe waren sechs Leute auf den Libertären Tagen. Bei Interesse berichten wir gerne noch mündlich. Am besten auf unserem Treffen dienstags, 20.00 Uhr im EFI-Zentrum (Ottostr. 8) vorbeikommen.

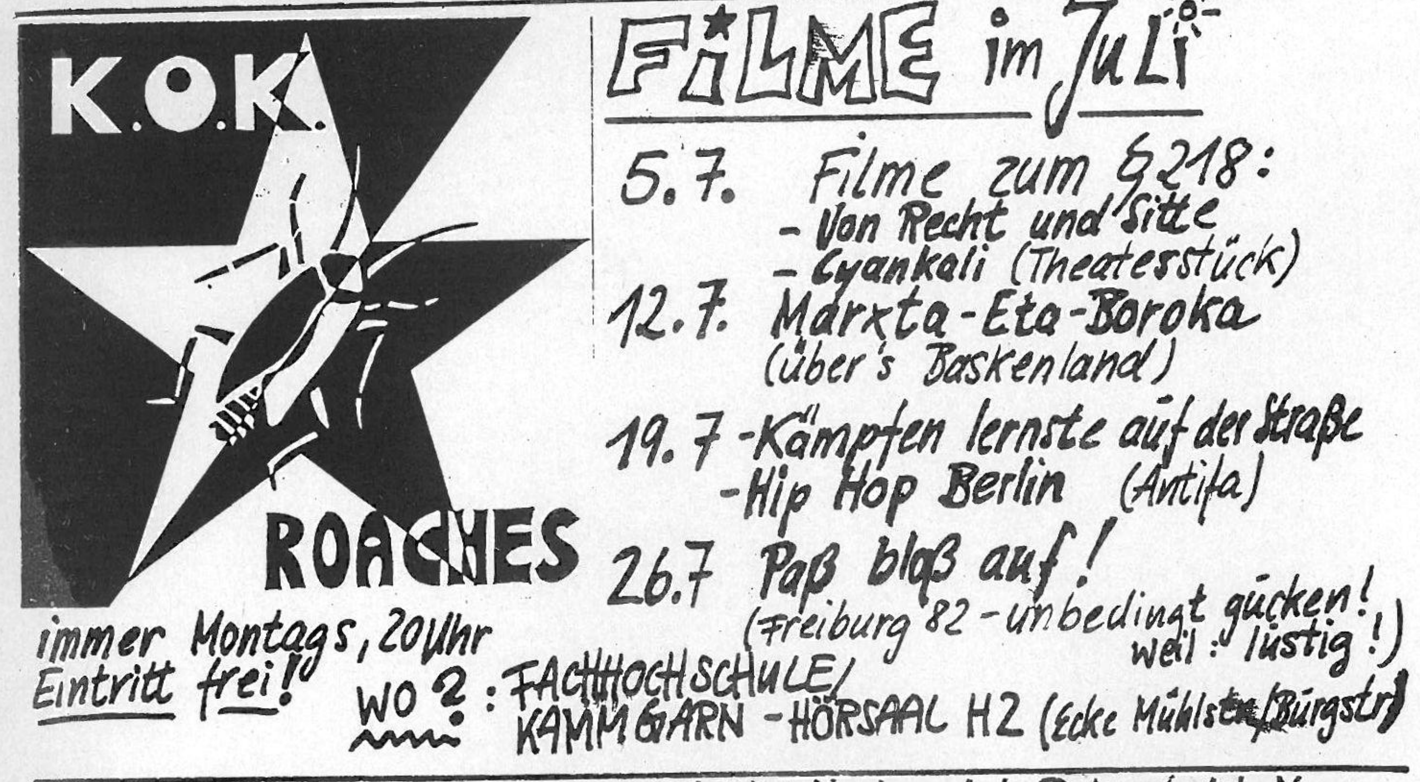
SCHWEIGE!

für den guten guten "Ruf" des HHG's

Vor einigen Monaten gab es anläßlich eines Schulbasares eine Zeitung, in welcher einige Lehrer unserer Schule unter der Überschrift "Lehrer gegen Ausländerhaß" kurze Artikel verfassen durften. Sehr gut! Der Haken war nur, daß die Artikel alle sehr allgemeinen Inhalt's waren. Einige Eltern wunderten sich auch über eine ganz schwarze Seite. Ich ging der Sache nach und wurde Zeuge einer wunderschönen Schweigpolitik, Ein Lehrer hatte es nämlich gewagt, die Wahrheit zu veröffentlichen.
Er berichtete in seinem Artikel darüber, daß zwei Neuntklässler einem im Internat wohnenden französischen Assisten des Nachts ein haßtriefendes Pamphlet ins Zimmer geschoben haben. Durch Zufall kam heraus, daß diese beiden Schüler stapelweise Hetzschriften gegen Ausländer verfaßt und vervielfältigt haben.
Er fährt in seinem Artikel fort, daß es am HHG die meisten Ausländer von allen Gymnasien in und um KL gibt (Chinesen, Amerikaner, Portugiesen, Türken, Äthiopier, Italiener, Ägypter, Serben und Chilenen).
Dies war schließlich auch ein Fehler den er begann, denn eine Seite vorher berichtet Dr. Arno Kahne (ständiger Vertreter des Schulleiters), der für die Zensur dieses Artikels verantwortlich war,: "Am HHG sind leider nicht sehr viele Ausländer".
Dieser Dr. Kahne ist folglich wohl der Meinung, daß wenn wir keine Ausländer an der Schule hätten, es auch keine rechtsradikalen Aktionen gebe könnte. Und was es gibt, das schweigen wir tot.
Deswegen wurde der Artikel verboten. Es wurde sogar klargelegt, daß Abiturienten Kontakte zu Kaiserslauterer Skinheads haben und daß ein Lehrer zu Ausländerkindern (einem russischen und türkischen Schüler) in gebrochenem Deutsch anredet.
Der Artikel des Lehrers endete mit den Worten "So fängt es an". Genau so fängt es auch an. Und es geht weiter mit der Schweigepolitik. Mit dieser Einstellung der Schulleitung kann gegen diesen Lehrer Herrn Geislinger nichts unternommen werden. Doch das geht ja nicht. Die beiden Schüler, die die rechtsradikalen Schriften im Internat verfaßt und vervielfältigt haben, sind nämlich Sportschüler, welche gewisse Privilegien haben. Und solange die Sportnote stimmt und der Ruf der Schule sauber bleibt, ist ja alles OK.
Gegen Herrn Geislinger ist nichts worden, obwohl er bereits strafversetzt wurde.

Meiner Meinung nach müßte er, so wie die beiden Neuntklässler von der Schule fliegen. Auch eine Schulleitung, die zu nichts außer Schweigen fähig ist, sollte ausgewechselt werden!

Gegen Schweigepolitik und nazis am HHG!



Die Filme werden in Zusammen arbeit mit dem Asta Referat Arbeit und Technik und dem Frauenreferat der Fachhochschule gezeigt

UNI K'LAUTERN

AStA-Sommerfest

am Freitag, 16. Juli 20:00 Uhr

Fest?, Feier?, Disco?, Bunter Abend?, Info-Abend?, Tanzveranstaltung?, Gig?, Party?, Budenzauber?, Cocktailparty?, Fete?, Gardenparty?, Bottle-Party?:

Für jeden ist wieder etwas dabei!

Leibliches Wohl:

Zu Essen gibt es ausländische Spezialitäten, dazu Sekt, Bier, Wein, Cocktails, natürlich Antialkoholisches sowie Milchshakes.

Und wieder Infos über die verschiedensten Initiativen aus Universität und Stadt.

Und am lautesten:

Kick Joneses,

Too Patitti Six, The Framed, Children Of No Return

Und noch dazu: Disco vorm Kramladen

Und: Eintritt frei!

19. Bundesweiter Kongress für Frauen in Wissenschaft und Technik

Der Kongress fand dieses Jahr vom 20.-23.5. in Berlin statt. Da wahrscheinlich kaum jemand mal davon gehört hat, folgt erst einmal eine allgemeine Beschreibung:
Der Kongress wird jedes Jahr in einer anderen Stadt von dem jeweiligen Organisatorinnenkollektiv ausgerichtet und zog die letzten Jahre 500-600 Frauen hauptsächlich aus der BRD, Österreich, Schweiz an. Die angebotenen Workshops, Vorträge, Podiumsdisskussionen decken ein breites Themengebiet ab, auch das Feiern kommt nicht zu kurz! Dieses Jahr gab es z.B. Veranstaltungen zu den Themen Feministische Wissenschaftskritik, Selbstständigkeit für Ingenörinnen, Selbstverwaltung in Betrieben, Rassismus, Lesben, Lebenslauf berühmter Frauen, Chemie, Physik, Mathe, Biologie, Solartechnik, Handwerkerinnen, Arbeitertöchter.... . Diesem großen Angebot für den Kopf standen dann zur Entspannung Konzerte aus dem Bereich Klassik und Rock, Theater und Disco gegenüber. Wir, d.h. sechs Frauen der Uni KL, haben einige Veranstaltungen besucht und möchten diese kurz vorstellen, um den nächstes Jahr in Giessen stattfindenden Kongress mit noch mehr neugierigen und netten Frauen zu füllen!

Arbeitertöchter im Studium - gibt es sie noch ?

Die Frage im Titel dieser Veranstaltung konnte gleich zu Beginn mit ja beantwortet werden, denn die Besucherrinnen der Veranstaltung waren fast alle Arbeitertöchter im Studium Oder mit abgeschlossenem Studium. Keine von uns hatte bis zu diesem Zeitpunkt an einer vergleichbaren Runde teilgenommen und so stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Die Referentin gab zum Einstieg einige statistische Daten und Ergebnisse von Umfragen bekannt: 17% der Studierenden kommen aus sog. bildungsfernen Familien, 8% sind Arbeitertöchter und Studentinnen. Studierende aus bildungsfernen Familien brechen das Studium eher ab oder wechseln die Fachrichtung. Das ist die Folge von falschen Vorstellungen über das Studium und falschen Erwartungen an das Studium, die aus schlechter Information herrühren. Die Studierenden kommen mit KommilitonInnen und Lehrenden schlechter aus. Sie leiden eher unter sozialen Problemen . Während Akademikertöchter zu Tabletten greifen, suchen Arbeiterkinder häufiger die Psychoberatung auf.
tatsächlich ihr Studium zu Ende gebracht hatten, sehr selbstbewußte Frauen waren. Weniger Energiegeladene, kommen gegen die vielen Widerstände wohl nicht an.
Zum Schluß überlegten wir, was wir für uns selber tun können und welche Maßnahmen zur Nachwuchsförderung notwendig sind. Um die eigene Unsicherheit abzubauen, können Rhethorikkurse und Körperarbeit hilfreich sein. Für Frauen die studieren oder studieren wollen sind Informationen über finanzielle Fördermittel sehr wichtig. Aber auch für Mädchen die gar nicht ans Studieren denken, weil sie glauben es sich sowieso nicht leisten zu können. Entscheidend ist natürlich, daß es überhaupt Fördermittel gibt. Wir fordern deshalb, daß Studium nicht wieder zu einem Privileg für finanzstarke Leute zu machen. JedeR muß sich aufgrund seiner Neigungen und Begabungen frei für einen Berufsweg entscheiden können.
Die meisten Schwierigkeiten von denen in unserer Runde berichtet wurde, hingen irgendwie mit der Sprache zusammen. Oft wird das Sprechen eines Dialektes und das Ungeübtsein im Hochdeutschen und Hochgestochenen als Handikap empfunden. In der Diskussion meinten einige es sei wichtig die eigene Sprache anzunehmen und als etwas positives zusehen. Andere fanden, daß es unmöglich sei erfolgreich zu sein, wenn frau Dialekt sprechen würde, denn sie würde in Akademikerkreisen so nicht ernstgenommen werden. Auch familiäre Probleme haben viel mit Sprache zu tun. Die Eltern sind zwar meistens stolz auf ihre Tochter und drängen sie vielleicht sogar zu hohen Leistungen. Trotzdem fühlen sie sich unwohl, wenn sich die Tochter mit der Zeit die Ausdrucksweise der "feinen Leute" angewöhnt. Viele mußten und müssen sich zuhause Sätze wie: "Du willst wohl was Besseres sein!" anhören.
Arbeitertöchter kämpfen mit Schwierigkeiten die sich anderen nicht oder weniger massiv stellen. Sie haben es schwerer Anerkennung zu finden und sie müssen die eigene Unsicherheit überwinden. Oft gibt es finanzielle Engpässe, da die Eltern weniger Unterstützung bieten können. Sicher beruhen nicht alle Probleme auf der Schichtzugehörigkeit, z.T. sind es eben auch ganz persönliche Eigenschafften mit denen frau zu kämpfen hat. Ich fand es jedoch auffällig, daß diejenigen, die dann tatsächlich ihr Studium zuende gebracht hatten, sehr selbstbewußte Frauen waren. Weniger Energiegeladene kommen gegen die vielen Widerstände wohl nicht an.
Zum Schluß überlegten wir, was wir für uns selber tun können und welche Maßnahmen zur Nachwuchsförderung notwendig sind. Um die eigene Unsicherheit abzubauen, koönnen Rhetorikkurse und Körperarbeit hilfreich sein. Für Frauen, die studieren oder studieren wollen, sind Informationen über finanzielle Fördermittel sehr wichtig. Aber auch für Mädchen, die garnicht ans Studieren denken, weil sie glauben, es sich sowieso nicht leisten zu können. Entscheident ist natürlich, daß es überhaupt Fördermittel gibt. Wir fordern deshalb, daß Studium nicht wieder zu einem Privileg für finanzstarke Leute wird.
JedeR muß sich aufgrund der spezifischen Neigung und Begabung frei für einen Berufsweg entscheiden können !!

Selbstverwaltung in Betrieben

Auf der Veranstaltung berichteten verschiedene Frauen von ihren Erfahrungen bei der Arbeit in einem selbstverwalteten Projekt, vertreten waren Frauen aus der Chemie, Biologie, Umweltanalytik und Büro. Da die meisten anwesenden Frauen mit selbstverwalteten Betrieben noch keine Erfahrung gemacht hatten, wurden hauptsächlich Erfahrungen und Probleme ausgetauscht, die ich jetzt kurz auflisten werde :
*Die Stundenregelung läßt sich nur schwer festlegen und überblicken, vor allem in Bezug auf halbe Stellen und Überstunden. Durch das intensivere Arbeitsklima, das sich z.B. im gemeinsamen "Mittagskochen" äußert, oder Kaffeepause, lassen sich Stunden schwer aufschreiben.
*Auch die Beurteilung der Arbeit ist nicht einfach. Zählen z.B. Ganztagsstellen mehr als halbe Stellen bei gemeinsamen Beschlüssen (wobei halbe Stellen
andererseits eher akzeptiert sind als in herkömmlichen Betrieben); gibt es den Einheitslohn nur unter den wissenschaftlich Arbeitenden oder auch für die in der Verwaltung Arbeitenden; es hat sich in bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß Männer den Einheitslohn weniger akzeptieren können.
*Die meist schlechte wirtschaftliche Situation der selbstverwalteten Betriebe kommt gerade aus der andersartigen Arbeitsweise, es wird eben auch einiges an unbezahlter Arbeit geleistet, z.B. Beratung, Infobroschüren, Unterstützung von Initiativen
*Um noch einmal auf die Probleme zwischen den Geschlechtern einzugehen, hat es sich außerdem gezeigt, daß Männer oft eher dazu bereit sind, die allgemeine Berufswelt "außen" zu akzeptieren uns mitzuspielen - dadurch kommt es leicht zu der paradoxen Situation, daß die Männer bald über mehr Geschäftskontakte verfügen, mehr Aufträge erhalten und dadurch scheinbar den Umsatz ranschaffen.
Als männliche Eigenschaften (woher die kommen, ist Ansichtssache) wird z.B. Unfähigkeit zur effektiven Zusammenarbeit genannt, Probleme bei gerechter Arbeitsverteilung (Verwaltung, Putzen...), Unnachgiebigkeit. Frauen Fühlen sich eher für das Betriebsklima zuständig (Nachteil?), geben eher nach bei Streitigkeiten.
Insgesamt sehr interessant, vor allem auch die Situation kennenzulernen, daß sich viele Frauen für Selbstverwaltung interessieren, das geht oft etwas unter und so scheint es schwierig zu sein, nach dem Studium Gleichgesinnte zu finden. Pustekuchen!

Anakonga -Kongress für Frauen in Naturwissenschaft, Technik, Handwerk, Medizin.
29.10.-1.11.1993 Kongressvorbereitungsgruppe, Custozzagasse 7-8a, 1000 Wien, Österreich
Rechte, die uns zustehen - 28.10.1992 - Ostfrauen, Frauenreferat AStA TU Berlin, Villa Bell, Marchstr.6, Kontakt über Regine Deschle, A.Makorenke Str.9, 11806 Rostock
20. Kongress für Frauen in Wissenschaft und Technik 1994 – c/o FrauenLesben Referat der FH, Wiesenstr. 14, 6300 Gießen

Der Laden für gebrauchten Schall



